Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

13.4.1864 (No. 87)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 13. April.

Nr. 87. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Telegramme.

Hamburg, 12. Apr. (Sch. M.) Hamburger Nachrichten: Ein Reskript der schleswig'schen Zivilkommissäre untersagt den schleswig'schen Beamten bei sofortiger Amtsentsetzung, auf die Londoner Konferenz bezügliche Resolutionen oder Adressen zu unterschreiben.

Altona, 12. Apr. (Schw. M.) „Schl.-H.-Ztg.": Der gestrige Städtetag in Neumünster war von 37 holst. Städten und Flecken beschickt. Sämmtliche Delegirte überreichten Erklärungen der Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Ständeversammlung am 5. Einstimmig wurde beschlossen, die betreffenden Erklärungen der ständischen Deputation zu übergeben.

Flensburg, 11. Apr. (Köln. Ztg.) Die Beschießung der Schanzen aus den neuerbauten Mörserbatterien hat begonnen. Am Wenningbund sind neue Küstenbatterien erbaut. Die Dänen haben einen mißglückten Landungsversuch auf der Südseite der Halbinsel Broacker gemacht.

† **Flensburg,** 11. Apr., Abends. Man meldet der „Hamburg. Börs.-Halle": Das Feuer der Düppeler Schanzen war heute schwach und verstummte um 3 Uhr ganz. Die Dänen trafen Vorbereitungen, um die Schanzen zu verlassen.

† **Triest,** 12. Apr. Kaiser Max befindet sich besser. Die Kaiserin Charlotte empfängt heute die hiesigen Körperschaften, Behörden, Deputationen u. s. w. Die Abreise erfolgt wahrscheinlich nächsten Donnerstag.

Kopenhagen, 9. Apr., Abends. (H. N.) Die Lage in der Düppelstellung war bis gestern Abend unverändert. Die Beschießung der Schanzen dauert mit großer Heftigkeit fort und wird von uns lebhaft erwiedert. Die Beschießung Sonderburgs dauert ebenfalls fort, ohne jedoch besondern Schaden anzurichten.

London, 12. Apr. (Schw. M.) Gestern Abend um 6 Uhr ist Garibaldi hier eingezogen; der Zudrang und Enthusiasmus war ungeheuer. — Im Oberhaus beantragte gestern Lord Stratheden folgende Resolution: Der dänische Krieg wäre vermeidbar gewesen, hätte England Dänemarks Vermittlungsgesuch entschiedener unterstützt; die Konferenz könne nur dann einen praktischen Erfolg haben, wenn England die andern Mächte überzeuge, daß es an der durch die Verträge garantirten Verbindung der Herzogthümer mit Dänemark festhalte. Lord Stratheden wünscht, daß die brittische Flotte in die Ostsee geschickt werde, falls die deutsche Flotte Kiel und Flensburg besetze. Der Herzog v. Argyll vertheidigt die Regierungspolitik; der brittische Einfluß sei nicht so allmächtig, daß er den Krieg hindern könne; England habe den Londoner Vertrag unterzeichnet, aber nichts garantirt. Die Konferenz bezwecke Wiederherstellung des Friedens bei Wahrung der Rechte der Herzogthümer und der Integrität Dänemarks. Es sprachen hierauf Graf Grey und Graf Derby. Lord Russell: Dänemark und Deutschland seien gleichmäßig Schuld an dem Krieg; die deutsche Kriegführung, namentlich die Beschießung von Sonderburg, sei ungerechtfertigt. Graf Derby: Ein entschiedenes Auftreten Englands hätte den Krieg verhütet. Graf Russell: England müsse Bedenken tragen, die Staatsschuld durch einen Krieg fortzusteigern. Graf Derby, gegen absolute Friedensparsamkeit, hofft wenig von der Konferenz, fürchtet den Druck der deutschen Revolutionäre auf die Regierungen. Lord Wodehouse: England habe den Dänen keine Hilfe versprochen. Lord Stratheden zog seinen Antrag zurück.

Zur Bankfrage.

Karlsruhe, 12. Apr. Dem „Mannheimer Journal" entnehmen wir den nachstehenden, mit Sachkenntniß geschriebenen Artikel unter obiger Aufschrift:

„Die Sicherheit und Bequemlichkeit, welche die Bankinstitute dem Handel gewähren, die großen Vortheile, welche sie bei Vermittlung des Kredits bieten, die gesteigerten Ansprüche der Produktion und des Verkehrs sind Ursachen der Gründung solcher Institute. Das Bedürfniß einer Bank in unserm Großherzogthum war schon vor Jahren fühlbar, und trat in neuerer Zeit, namentlich in unserer Handelsstadt Mannheim, als unabweisliche Nothwendigkeit hervor.

Mannheim in seiner glücklichen Lage, am Anfang und beziehungsweise am Endpunkt der großen Schifffahrt auf dem Rhein und Neckar, an der Eisenbahn-Straße von Osten nach Westen und von Süden nach Norden gelegen, bietet dem Transit- und Eigenhandel, sowie der Industrie große Vortheile, und gehört durch die Intelligenz und durch den Unternehmungsgeist seiner Bewohner heute bereits zu den wichtigsten Handelsstädten am Rhein. Im Handelsregister sind die Namen von mehr als 700 Träger von Mannheimer Firmen eingeschrieben! Unter letzteren befinden sich mehrere große Bankhäuser, eine Reihe größerer Fabriken und fabrikmäßig betriebener Gewerbe, viele, sehr bedeutende Großhandlungshäuser, Kommissionäre, Spediteure und Agenten für alle Geschäftsbranchen.

Mannheim ist der bedeutendste Platz Süddeutschlands im Kolonialwaarenhandel. Im Landesprodukten-Geschäft nimmt es eine hervorragende Stellung ein. Der Umsatz in Tabak (jährlich 200- bis 220,000 Ztnr.), Hopfen (20,000 Ztnr.), Wein, Oel und Oelsaaten, insbesondere aber in Getreide, Bau- und Nutzholz, Kohlen u. s. w., nimmt jährlich viele Millionen in Anspruch. Die reiche Pfalz macht Mannheim, als deren Mittelpunkt, zu ihrem natürlichen Stapel. Mannheims Verkehr in Staatspapieren ist außerordentlich; er erklärt sich aus dem Wohlstand der Stadt und des an Reichthum grenzenden Wohlstandes der pfälzischen Landgemeinden, welche anfangen, ihre überflüssigen Kapitalien in zinstragenden Papieren anzulegen.

Eine Reihe vor uns liegender statistischer Aufzeichnungen liefert den Beweis. Eine kurze Mittheilung der Hauptmomente in runden Zahlen mag hier folgen: Der Verkehr an Waaren in dem Rhein- und Neckarhafen beläuft sich jährlich auf 12 Millionen Zentner. In der gleichen Zeit berühren 18,000 Rhein- und Neckarschiffe den hiesigen Platz. 2400 Flöße kommen per Jahr auf dem Neckar und Rhein hier an. 4½ Millionen Ztnr. Güter werden per Eisenbahn versandt und 2 Millionen kommen hier an. Die Trajektanstalt befördert jährlich mehr als 2 Millionen Ztnr. Die im Steuerkataster eingetragenen Steuerkapitalien von 1864 belaufen sich auf mehr als 44 Millionen Gulden. Hiesige Handelshäuser zahlen an das großh. Hauptzollamt per Jahr mehr als 2 Millionen Gulden Zoll. Das sind Summen! Wenn wir diese bei Berechnung des Gesammtwerthumschlags in unserer Vaterstadt zu Grunde legen, so müssen wir nach Hunderten von Millionen rechnen.

Ein großer und vielleicht der größte Theil unseres hiesigen Geschäftsumschlags und des Verkehrs mit Wechseln, sei es des Trassirens oder des Diskontirens wegen, war bis jetzt auf Frankfurt verwiesen. Eine Hauptaufgabe der badischen Bank wird es sein, unsern Mannheimer, wie den gesammten badischen Handel von jenem Platz mit seinem oft unsichern Kredit, wie überhaupt von auswärtigen Wechselplätzen, wenn nicht ganz abzuziehen, so doch unabhängig zu machen, und diese Wohlthat auch der jenseitigen Pfalz anzubieten. Dieses kann aber nur mit Erfolg geschehen, wenn der Sitz des Instituts in die bedeutendste Handelsstadt des Landes gelegt wird.

Wir glauben deßhalb, ohne in eine Vergleichung mit dem Handel anderer Städte des Landes eingehen zu sollen, daß dieser Sitz einer badischen Bank naturgemäß nirgends anders als in Mannheim sein darf.

Gehen wir nun auf die Vortheile über, welche eine Zettelbank gewährt.

Eine gut geleitete Bank bietet dem Handel, der Industrie, der Produktion, und unter Umständen auch dem Staat selbst, Vortheile und Erleichterungen. Bankinstitute haben Englands Handel groß gemacht; Bankinstitute ermöglichen den großen Verkehr Amerika's und des europäischen Kontinents; ohne Banken und ohne Papierwerth wäre die dermalige progressive Ausdehnung der Handelsgeschäfte und aller größeren gewerblichen Unternehmungen nicht denkbar; ohne Bank wäre der Verkehr an vielen Handelsplätzen vollständig gelähmt.

Wir verweisen nur auf die nahe liegende Stadt Frankfurt, wo die mit Hilfe der Bank leicht vor sich gehenden Geschäftsabwickelungen auf die größten Schwierigkeiten ohne dieselbe stoßen würden, und wo der Handel und Wechselverkehr seit ihrer Errichtung eine nie geahnte Ausdehnung erfahren hat. Durch die Bank allein hat sich der Frankfurter Handel von den bis dahin die Herrschaft geübten einzelnen Geldmächten unabhängig gemacht.

Banken kaufen und verkaufen gute Wechsel und machen Vorschüsse auf Waaren, auf Fabrikate, auf Cerealien und auf alle solide Werthgegenstände; sie bieten, gegen hinreichende Sicherheit, Geld zu billigen Zinsen, denn sie finden dafür Ersatz in ihren Noten; Zettelbanken spekuliren nicht für eigene Rechnung, sie laufen daher nicht die Gefahr gewöhnlicher Bankgeschäfte. Sie reichen dem Staat ihre Mittel, soweit sie durch ihre Statuten hiezu ermächtigt sind; ebenso übernehmen sie vom Staat Gelder zu verhältnißmäßigen Zinsen, — Gelder, welche dem Staat oft müßig liegen.

Eine Bank zieht den auswärtigen Waarenhandel in den Bereich ihres Sitzes und ihrer Filiale. Denn jeder Kaufmann oder Fabrikant arbeitet mit mehr oder weniger fremden Mitteln und mit Kredit, und vorzugsweise benützt er jene und diesen an einem Platze, über welchen seine Waaren transitiren müssen und wo ihm durch Belehnung oder durch Kredit Mittel geboten werden.

Wo Waaren lagern und transitiren, da entwickelt sich naturgemäß ein Kommissionshandel; dieser und der Waarenhandel überhaupt aber hat Wechselgeschäfte in seinem Gefolge. Der Käufer remittirt, der Verkäufer empfängt Deckung. Eines und das Andere vermittelt der Kommissionär oder der Banquier.

Selbst das Beziehen eines Platzes entwickelt sich aus dem Waaren- und Kommissionsgeschäfte und aus Waarendepositen. Der Waarendepositar trassirt auf seinen Spediteur, Kommissionär oder Banquier, und dieser acceptirt ohne Gefahr, gedeckt durch das ihm anvertraute Gut. So schafft der Eine sich Geld und Mittel zu neuen Geschäften, ohne die Kasse des Andern mit Vorschüssen zu belästigen, denn seine langsichtigen Wechsel werden zu billigem Zinsfuß bei der Bank diskontirt.

Alles Dieses legt aber den Grund zu einem Wechselplatze, dessen Entwicklung und Größe einen um so raschern Fortschritt verspricht, wenn der Sitz einer Bank durch eigene großartige Geschäfte den Keim dazu bereits in sich trägt.

Künstlich erzwingen und an einen beliebigen Platz ziehen, dessen geographische Lage ihn zum Handel nicht bezeichnet, lassen sich solche Geschäfte freilich nicht.

In den Nachbarstaaten und an den Grenzen unseres Landes wurden in neuerer Zeit viele Privatbanken gegründet, welche theils durch den dortigen Unternehmungsgeist, hauptsächlich aber durch das Bedürfniß hervorgerufen wurden. Wir sehen solche Banken in Frankfurt, Darmstadt, Ludwigshafen, Stuttgart, Basel, Zürich, St. Gallen u. s. w. Es sind zum Theil reine Zettel-, zum Theil Zettel- und Kreditanstalten, auf mehr oder weniger solider Basis begründet. Seit Jahren bildet für sie das Großherzogthum Baden, insbesondere aber die gesegnete verkehrsreiche Pfalz, eine lohnenswerthe Operationsbasis. Ein großer, ja der größte Theil unseres Verkehrs war seither auf jene auswärtige Banken, wie auf Noten fremder Staats- und Privatbanken angewiesen, und sogar unsere Staatskassen waren schon zeitweise in der Lage, Werthzeichen auswärtiger Privatbanken, wie z. B. jene der Frankfurter Bank, als Zahlungsmittel zuzulassen. Damit ist doch ganz gewiß das unabweisliche Bedürfniß von Geldsurrogaten überhaupt, zugleich aber auch die Unzulänglichkeit des zirkulirenden badischen Papiergeldes faktisch anerkannt.

Wäre beim Umlauf der Noten von gut organisirten, gut fondirten und gut beaufsichtigten Banken eine Gefahr für das Publikum zu besorgen, so hätten die Bewohner Badens schon seit einer Reihe von Jahren diese Gefahr getragen; sie wären, ohne an den Vortheilen der Papiergeld-Emission Theil zu nehmen, jener Gefahr und allen Nachtheilen auswärtiger Werthzeichen in so lange noch ferner ausgesetzt, bis Papiergeld des eigenen Landes, sei es vom Staate oder von einer konzessionirten Privatbank, in hinreichender Menge geschaffen und bis die zirkulirenden fremden Noten im badischen Verkehr, wenn auch nicht verdrängt, so doch zum großen Theil ersetzt sein würden. Ebenso wie fremde Noten in Baden nicht gänzlich vermieden werden können, werden auch die badischen Noten — vielleicht noch in erhöhtem Maße — im Ausland Annahme finden. Der große Geschäftsverkehr des badischen Handels und der Industrie, insbesondere aber jener der Stadt Mannheim mit dem Auslande wird denselben leicht Verwendung schaffen. Durch Kreirung eigener Noten in hinreichender Menge wird Baden seinem eigenen Handel große Erleichterungen schaffen; es muß dies aber unter Garantien geschehen, welche nur in sorgfältiger und strenger Beaufsichtigung der Bank, sowie in Feststellung deren Statuten zu finden sein werden.

Eine Privatbank bürgt bei sorgfältiger Ueberwachung durch die Staatsbehörden, und bei zweckmäßigen, auf Erfahrung gegründeten und den Verhältnissen angemessenen Statuten für vollständige Deckung der jeweils zirkulirenden Notenbeträge, indem sie für die volle Summe der letzteren anerkannt gute, in bestimmter Zeit fällige Wechsel, mit mehreren Unterschriften, im Portefeuille, und außerdem ein Drittel des ganzen Notenbetrags in Baar zum Zwecke der Einlösung vorräthig zu haben verpflichtet ist. Weder Handelskrisen noch politische Ereignisse gefährden derartige Sicherheiten."

Deutschland.

Karlsruhe, 11. Apr. Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben gestern Mittag 12 Uhr in besonderer Audienz den königl. bayrischen Generalmajor und Generaladjutanten Grafen von Rechberg und Rothenlöwen zu empfangen geruht und das Schreiben entgegengenommen, wodurch die Thronbesteigung Seiner Majestät des Königs Ludwig II. dem Großherzoglichen Hofe notifizirt wird.

Nachdem der Herr Graf den übrigen hohen Gliedern des Großherzoglichen Hauses im Lauf des Tages seine Aufwartung gemacht, ward demselben heute die Ehre zu Theil, zur Großherzoglichen Tafel gezogen zu werden.

× **Frankfurt,** 11. Apr. Heute endlich — in einer außerordentlichen Bundestags-Sitzung — haben die vereinigten Ausschüsse über die Einladung Englands zur Beschickung der Londoner Konferenz einen gutachtlichen Vortrag erstattet. Ihr Antrag geht gutem Vernehmen nach dahin, daß der Bund einen Vertreter nach London absenden möge. Die Abstimmung ist auf künftigen Donnerstag festgesetzt; wahrscheinlich wird an diesem Tage auch die Wahl des Abgesandten vorgenommen. Sonst kamen in der heutigen Sitzung noch Berichte der Zivilkommissäre zur Vorlage.

× **Frankfurt,** 12. Apr. Dem Vernehmen nach gehen die Bedingungen, unter welchen der Bund die Londoner Konferenz beschicken soll, nach den Vorschlägen, welche die vereinigten Ausschüsse in der gestrigen Bundestags-Sitzung der h. Versammlung unterbreitet haben, dahin, die Konferenz

müsse ohne Basis zusammentreten und ihr der Charakter freier Besprechungen gewahrt bleiben. Aus diesem Grunde soll denn auch der Vertreter des Bundes keine bestimmten Instruktionen, sondern seine Weisungen je nach Lage der Sache erhalten. Der Bund soll sich die eigene Genehmigung der jeweiligen Beschlüsse der Konferenz vorbehalten. Die oben erwähnten Bedingungen sind nicht in den eigentlichen Anträgen der Ausschüsse, sondern in den Motiven enthalten. Berichterstatter war Hr. v. Heimbruch. An einer Annahme der Anträge ist nicht zu zweifeln, eben so wenig an der Wahl des Hrn. v. Beust zum Bundesvertreter.

München, 11. Apr. (W. T.=B.) Eine Stelle aus dem Testament des Königs Max, welches vom 16. Dezember 1851 datirt ist, lautet:

Ich sage Allen, die mir Anhänglichkeit, Liebe und Treue bewiesen haben, meinen innigsten, wärmsten Dank; ich vergebe vom Grund meiner Seele allen Denjenigen, bei welchen dieses nicht der Fall war, die mich wissentlich oder unwissentlich gekränkt haben. Mögen aber auch Alle mir vergeben, die sich über mich zu beklagen haben: ich bitte sie von Herzen um Verzeihung. Möge der Allmächtige mein theures, braves, herzliches Bayernvolk auch ferner und in alle Zukunft in seinen heiligen Schutz nehmen, seinen reichsten, besten Segen ihm verleihen. Ich habe es von Jugend auf treu im Herzen getragen; es war der Gegenstand meiner Arbeiten, meiner Sorge, meiner Leiden und Freuden; sein Glück war das meine. Mein ernstes, eifriges Streben ist es und wird es immer sein, meines Landes materielle und geistige Wohlfahrt nach allen Kräften zu fördern und ihm denjenigen Rang unter den Nationen einzuräumen, auf welchen es durch seine Stellung und seine alte, ruhmvolle Geschichte Anspruch hat. Meine Liebe zu ihm wird mein Leben überdauern. Für mein Volk werde ich wirken und beten, so lange ich wirken und beten kann.

Wiesbaden, 9. Apr. (Südd. Ztg.) Der Abg. Dr. Lang hat in Gemeinschaft mit den HH. Knapp, Minor und Bausch in der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer folgenden wichtigen Antrag gestellt: „Die Kammer wolle die Regierung ersuchen:

I. Die Verfassungsverordnung vom 25. Nov. 1851, nebst der dazu gehörigen Wahlordnung von demselben Tag zurückzuziehen; II. die rechtmäßige Verfassung vom 28. Dez. mit dem Wahlgesetz vom 5. Apr. 1848 wieder in Anwendung zu setzen, und zwar mit folgenden Modifikationen: 1) daß die auf Grund der Verordnungen vom 25. Nov. 1851 und daraufhin ergangener Gesetze dem Staat erwachsenen privatrechtlichen Verbindlichkeiten, insbesondere die Staatsschulden, sowie die von dem Landtag genehmigten Staatsverträge, hievon nicht berührt werden, und 2) daß die auf Grund dieser Verordnungen ergangenen Gesetze als provisorische in Kraft bleiben bis zu der alsbald vorzunehmenden Vorlage derselben bei dem legalen Landtag.

Eine Adresse wird die Zweite Kammer nicht erlassen, da die Regierung jeden Tadel als unannehmbar im voraus bezeichnet hat.

Flensburg, 9. Apr. (Fr. J.) Von Düppel hört man, daß ein Uebergang nach Alsen aufgegeben sei; daß man sich jetzt vielmehr für eine reguläre Beschießung entschieden habe. Dies wird durch die zwölf gestern nach Düppel geschafften schweren Belagerungsgeschütze noch wahrscheinlicher. Die Kanonade war gestern sehr lebhaft, und hat auch fast die ganze Nacht nicht nachgelassen. Man scheint den Dänen jetzt keine Zeit mehr lassen zu wollen, Nachts den über Tag angerichteten Schaden auszubessern.

Pjedstedt, 10. Apr., Nachts. Der von Fridericia aus vernommene Kanonendonner, wodurch die Truppen des Observationskorps alarmirt worden waren, ergab sich lediglich als eine Anzahl von Salutschüssen in Fridericia zur Geburtstagsfeier des Königs von Dänemark. [Die „Schlesw.=Holst. Ztg." hatte aus Pjedstedt vom 8. Apr. die falsche Nachricht gebracht, die Dänen hätten einen Ausfall gemacht und das Observationskorps angegriffen.]

Gravenstein, 8. Apr. (Köln. Ztg.) Heute sind außer enormen Munitionsvorräthen (vierzehntausend scharfen Schüssen) vier schwere Geschütze in Gravenstein eingetroffen; morgen erwarten wir eine 24=pfündige gezogene Batterie von 12 Geschützen und hundert Boote aus Kiel; und wenn nicht ganz besondere Hindernisse in den Weg treten, wird am künftigen Sonntag der letzte Schlag geführt werden. Die Dänen haben Ballegaard gegenüber eine Batterie und ein Regiment Infanterie postirt, um den Uebergang über den Alsen=Sund zu verhindern; die Preußen begnügen sich aber vorläufig, die Kriegsschiffe zu beschießen, die sich am nördlichen Eingang des Sundes zeigen, und sparen ihr Feuer auf die jenseitige Batterie für „den rechten Augenblick" auf.

* **Berlin,** 11. Apr. Se. Maj. der König empfing heute u. A. den aus dem Hauptquartier Gravenstein eingetroffenen Flügeladjutanten Obersten v. Loën. — Der neue preußische Bundestags=Gesandte, Hr. v. Savigny, wird sich dieser Tage auf seinen Posten nach Frankfurt begeben. Die „Zeidler. Corr." erklärt die Einzelheiten, welche die „Köln. Ztg." und andere Blätter über einen am 2. d. M. bei Ballegaard beabsichtigten Uebergang über den Alsener Sund gebracht haben, in der Hauptsache für unrichtig. Sie sagt:

Ohne uns auf eine für preußische Blätter ganz ungehörige Darstellung der Spezialitäten einzulassen, wollen wir nur aus zuverlässiger Quelle hiermit die Behauptung zurückweisen, daß der Plan vollständig verrathen gewesen wäre und der Feind Zeit gehabt habe, seine Vertheidigungsmaßregeln der Art zu treffen, daß der Uebergangsversuch dadurch verhindert worden. Die Anstalten waren vielmehr der Art geschickt und geheim, daß der Uebergang jedenfalls ausgeführt worden und gelungen wäre, wenn nicht leider in der Nacht ein so schlimmes Wetter und heftiger Sturm eingetreten gewesen wäre, daß bei der hochgehenden See an eine Ueberfahrt über den 5000 Schritt breiten Meeresarm in offenen Pontons nicht zu denken war. Das Wetter allein, nicht die Macht der Dänen, die nur 3 kleine Stationsschiffe und wenige Geschütze an jener Stelle hatten, hinderte den Uebergang und dessen gewiß großartige Folgen.

Wien, 8. Apr. Die „Ostd. Post" sagt: Endlich und noch in der letzten Stunde hat die Agnatenfrage von Seiten des Erzherzogs Max eine den allgemeinen Wünschen und Erwartungen entsprechende Lösung erhalten. (Folgt eine Erzählung des bereits Bekannten.) Ueber die Renunziationsakte vernehmen wir, daß sie in Bezug auf die Agnatenrechte eine vollständige Verzichtleistung enthalte. Die Vermittlungsvorschläge bezüglich einer Frist von 6, von 3 Jahren, von welchen verschiene Blätter sprachen, sind nicht realisirt worden. Wie sehr entfernt der Erzherzog Max von der Einwilligung war, die Renunziationsakte zu unterschreiben, beweist der Umstand, daß der Entschluß, die mexikanische Krone abzulehnen und nach Rom sich zurückzuziehen, so weit herangediehen war, daß bereits ein Schiff zur Ueberfahrt nach Civita=Vecchia gemiethet war und für die Auflösung dieses Miethvertrags der Kapitän entschädigt werden muß. Daß der Erzherzog in letzter Stunde zur Abfertigung der Staatsakte sich entschlossen, wird drei gleichzeitigen Einflüssen zugeschrieben: der Erzherzogin Charlotte, welche bei ihrer Rückkunft aus Wien die volle Ueberzeugung mitbrachte, daß in der kaiserlichen Familie es feststehe, der Kaiser könne im Hinblick auf die großen Reichsinteressen in der Agnatenfrage keine Konzession erreichen; einige dringliche Vorstellungen des Generals Frossard, und endlich die ernste Haltung, welche die mexikanische Deputation allmälig einnahm, wobei einige Aeußerungen des Don Guttierez erzählt werden, die wir nicht wiederholen mögen, weil wir keine Bürgschaft dafür übernehmen wollen. — Mehrere Blätter reproduziren eine Mittheilung der „Union" (Chambord's Organ), wonach Kaiser Ferdinand dem Erzherzog Ferdinand Max drei Millionen Francs in Gold zum Geschenk gemacht hat.

Wien, 10. Apr. Die „Wien. Abendpost" sagt: „Die gelegentliche Aeußerung der „Nordd. Allgem. Ztg.", daß es in der Absicht der preußischen Regierung liege, die Bevölkerung der Herzogthümer vor jeder definitiven Entscheidung über ihre künftige politische Stellung zu befragen, spukt noch immer in zahlreichen Korrespondenzen deutscher Blätter herum, ohne daß bestimmtere Angaben darüber verlauteten. Die Existenz einer besondern preußischen Depesche über diesen Punkt, welche einem Frankfurter Schreiben der „Nat.=Ztg." zufolge bereits nach Paris abgegangen sein soll, darf billig bezweifelt werden."

†† **Wien,** 10. Apr. Der französische Botschafter ist gestern nach Paris abgereist. Mit der Angelegenheit von Miramare steht seine Abreise schwerlich in Verbindung, denn diese Angelegenheit ist eben seit gestern vollständig erledigt. Mit der schleswig=holsteinischen Frage vielleicht, denn es scheint, daß in den letzten Tagen hier eingehend über die Möglichkeit verhandelt wurde, auf die in dem französischen Rundschreiben betonten Wünsche der Bevölkerung in einer Weise Rücksicht zu nehmen, welche dem Prinzip des allgemeinen Stimmrechts und dessen Konsequenzen keinerlei Avancen macht. Weiter tritt das Gerücht auf, daß es sich in erster Reihe um die polnischen Dinge handle und daß Frankreich in neuester Zeit hier sowohl als in Berlin Schritte gethan habe, welche seine Absicht andeuten, eben jetzt die polnische Frage wieder auf die Tagesordnung zu setzen und dem siegenden Rußland die Bedingungen abzuverlangen, welche das noch kämpfende Rußland, ohne seine ganze Autorität bloßzustellen, nicht füglich zugestehen konnte. Frankreich scheint überhaupt schon jetzt sich zu bemühen, daß sich aus dem Embrio der Konferenz ad hoc der niemals aufgegebene allgemeine Kongreß entwickle.

Prag, 7. Apr. (Dr. J.) Gestern wurde in der Prager Handels= und Gewerbekammer über das Gutachten verhandelt, welches derselben von einer aus Industriellen bestehenden Enquêtekommission bezüglich der Frage des Anschlusses an den Zollverein unterbreitet worden war. Die Kammer stellte den Antrag, es möge durch periodenweise fallende Zölle der Anschluß an den Zollverein angebahnt werden. Dieser Antrag des Kammerkomitee's wurde auch mit großer Majorität angenommen.

Miramare, 11. Apr., Mittags. (W. T.=B.) Der Kaiser Maximilian ist noch bettlägerig und leicht fieberkrank. Der Tag der Abreise ist noch unbestimmt. Nach Paris, Rom und Wien werden Gesandte geschickt werden. Hr. Arranjuez ist zum mexikanischen Staatsminister ernannt.

Frankreich.

♁ **Paris,** 11. Apr. Das mexikanische Kaiserreich ist nun eine vollendete Thatsache. Daß man hierüber in den hiesigen maßgebenden Kreisen überaus befriedigt ist, bedarf kaum der Versicherung. Sobald der neue Kaiser von Europa anerkannt ist, wird er zu Wien, Paris, London, Rom, Madrid, Brüssel, Berlin Legationen errichten. Bei dem Diner, welches gestern Abend zu Miramare statthatte, trug der Kaiser die Uniform eines mexikanischen Generalleutnants, die Insignien des Ordens der heil. Jungfrau von Guadelup und den mexikanischen Nationalorden. — Der „Moniteur" bestätigt heute die im Befinden des Papstes eingetretene Besserung, und theilt zugleich mit, daß der heil. Vater sich nächstens nach Porto d'Anzio begeben werde. Morgen soll in Rom der 14. Jahrestag der Rückkehr des Papstes in die ewige Stadt feierlich begangen werden. — Morgen wird der Kaiser im Boulogner Wald eine Revue über die 6 Reiterregimenter des 1. Armeekorps abhalten. Die Kaiserin wohnte gestern dem Rennen im genannten Wäldchen bei. Dagegen hatten sich — der Erwartung entgegen — JJ. Majestäten zur Glockentaufe in Rueil nicht eingefunden. Sie ließen sich durch Marschall Vaillant vertreten, welcher im Auftrag der kaiserl. Pathen vom Thurm herab 60 Kilos Konfekt (dragées) unter die zahlreich vertretene Jugend werfen ließ. — Gestern kam es auf der Invaliden=Esplanade, wo es nicht gelang, den Riesenballon „l'Aigle" zu füllen, zu Exzessen. Nur durch die Intervention der Garde de Paris konnten Hr. Godard und sein Ballon vor Mißhandlung geschützt werden. Die Menge zerstreute sich; bis spät Nachts aber zogen Banden, Spottlieder auf Godard und den „Adler" singend, durch die Straßen. — Der junge Sohn des Hrn. Emil Pereire wird sich mit Fräul. Auguste Chevalier, Tochter des Abgeordneten und ehemaligen St.=Simonisten, verheirathen. — Die Börse, erst geschäftslos, schließt fest und etwas belebter. Rente 66.20, Mob. 1056 nach 1047, ital. Anl. 68.10 nach 67.95.

Belgien.

Brüssel, 8. Apr. (Fr. J.) Der König Leopold wird nächsten September dem König von Holland in Mastricht den Besuch abstatten, welchen er seinem königlichen Nachbar vor zwei Jahren in Lüttich zugesagt. Es bietet sich dazu die beste Gelegenheit, da der König Leopold der Stadt Maeseyck ebenfalls versprochen hat, die feierliche Einweihung der Doppelstatue der Gebrüder Van Eyck, welche der als Graveur namentlich sehr berühmte Leopold Wiener gemeißelt, durch seine Gegenwart zu verherrlichen.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Apr. (Nat.=Ztg.) Die hiesigen Blätter sind voll der heftigsten Schmähungen gegen Preußen wegen der Beschießung Sonderburgs. Aus ihren Berichten ergibt sich allerdings, daß in dieser Stadt nicht nur viele Soldaten, sondern auch eine nicht geringe Zahl von Zivilisten getödtet und verwundet worden sind. Die eigentliche Schuld trifft aber offenbar das dänische Oberkommando, welches den Ort in jeder Beziehung zu einem Waffenplatz umschuf, ohne die Einwohner rechtzeitig von den Folgen dieser seiner Maßnahmen in Kenntniß zu setzen. Obwohl einzelne Bomben schon früher in die Stadt schlugen, glaubte General v. Gerlach eine Art von Schutzwehr gegen eine ernsthafte Beschießung in der fernern Anwesenheit der Zivilbevölkerung zu sehen. — Augenblicklich befindet sich in dem dänischen Hauptquartier in Sonderburg, außer dem französischen Zuavenobersten Fevrier, der englische Major Massy und der ehemalige Adjutant Garibaldi's, Major Venturini. Der russische Fürst Labanof ist von Alsen wieder hier eingetroffen und nach Rußland zurückgekehrt. — Auf dem Kriegsschauplatz sind folgende englische und französische Blätter vertreten: „Times" (Gallenga), „Daily News" (Skinner), „Daily Telegraph" (Dicey), „Siècle" (O. Commettant), „Patrie" (d'Arnoult), und „Opinion Nationale" (Louis Noir). Außerdem korrespondirt Oberst Fevrier für den „Moniteur de l'Armée".

Kopenhagen, 9. Apr. Das dänische Kriegsministerium macht bekannt:

8. Apr., Vormittags. Der Feind hat gestern seine Beschießung unserer Düppelschanzen mit großer Heftigkeit fortgesetzt; das Bombardement auf Sonderburg dahingegen war schwächer, und über das Feuer in der Stadt war man vollkommen Herr.

Mittags 12½ Uhr: Das Oberkommando meldet 10 Uhr 45 Min., daß die Beschießung Sonderburgs und unserer Stellung in dieser Nacht stärker als gewöhnlich gewesen und daß dieselbe diesen Morgen mit verstärkter Heftigkeit begonnen hat. Der Feind führt beständig mehr Artillerie in die Batterien und ist auf unserm linken Flügel, südlich der Chaussee, auf circa 1500 Ellen vor unsere Werke gerückt. In Sonderburg fällt ungefähr jede Viertelstunde eine Granate von Broacker herüber.

Das dänische Marineministerium macht unterm 8. April bekannt:

In Folge Berichts von der Blokade=Escadre für die Odermündungen zeigten sich am 2. Apr., 4 Uhr Nachmittags, sechs preußische Dampfkanonenboote und ein Räder=Dampfschiff im östlichen Lauf beim Dornenbusche. Sie standen längs des Landes und hielten sich auf dem Grundwasser; sobald indessen eine unserer Fregatten auf sie zuging, wandten sie und gingen durch denselben Lauf zurück, aus welchem sie gekommen waren.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 12. Apr. 32. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der großh. Regierung anwesend: Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey; Geh. Referendär Cron; später Staatsminister Dr. Stabel.

Nach Eröffnung der Sitzung zeigt das Sekretariat eine Petition aus Krautheim, die Belassung des Amtssitzes betr., an.

Die Tagesordnung führt zur Fortsetzung der Berathung des vom Abg. Kusel erstatteten Berichts über das Budget des Ministeriums des Innern, Tit. I—IX und XVII.

Berichterstatter Kusel berichtet zunächst über die in Folge des gestrigen Beschlusses von der Kommission gepflogene Berathung. Die Regierung habe die Forderungen bezeichnet, deren Aufrechterhaltung ihr zur Einführung der neuen Organisation nothwendig erscheinen, und hierin habe die Kommission die Bewilligung der Regierungsforderung zu beantragen beschlossen; in anderen Punkten sei der frühere Kommissionsantrag aufrecht erhalten worden, wogegen von Seiten der großh. Regierung keine besonderen Einwendungen gemacht werden.

Die Kommission empfiehlt, die Kammer möge den Wunsch zu Protokoll aussprechen, daß bei der Verwendung von Staatsdienern, welche schon in einer höhern als der budgetmäßigen Besoldung stehen, die Ueberschreitung als gerechtfertigt angesehen werden möge.

Abg. Walli will diesen Antrag erweitert wissen, wogegen sich der Berichterstatter Kusel erklärt.

Staatsrath Lamey erklärt sich mit dem Antrag der Budgetkommission einverstanden, ebenso Abg. Schaaff.

Berichterstatter Kusel geht hierauf zu den einzelnen Forderungen über und erstattet zunächst über den in der vorigen Sitzung erledigten Tit. VIII., Verwaltungsgerichtshof, Bericht.

Die großh. Regierung hat den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß ein sechster Rath angestellt werde, und die Kommission beantragt in Berücksichtigung der dafür angeführten Gründe, die Kammer wolle diese Forderung unter Zurücknahme ihres frühern Beschlusses bewilligen.

Abg. v. Feder hätte gewünscht, daß der Antrag in anderer Form gestellt worden wäre. Da gar keine ernstliche Differenz zwischen Regierung und Kammer herrsche, die Kammer sich vielmehr schon früher damit einverstanden erklärt habe, daß, wenn das Bedürfniß dazu vorhanden, die Regierung nicht in der Anstellung gehindert sein sollte, so beantrage er, die großh. Regierung zu ermächtigen, den 6. Rath im Bedürfnißfall anzustellen.

Abg. Paravicini: Es sei richtiger, da das Bedürfniß schon jetzt konstatirt sei, die Mittel hierzu gleich im Budget zu bewilligen.

Abg. Walli ist derselben Ansicht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Abg. Pickford stimmt dem Antrag des Abg. v. Feder bei. Mit der Regierung und dem Abg. Walli sei er ganz einverstanden, daß die Besoldungen zweckmäßig erhöht würden, allein im vorliegenden Fall handelt es sich um die Zahl der Beamten. Wenn er den Antrag v. Feder's unterstütze, so geschehe es nicht, weil er das Bedürfniß läugnen wolle; aber es sei dieses Bedürfniß eben noch nicht festgestellt, ein Irrthum eben so gut auf Seiten der Regierung, als auf Seiten der Kommission möglich, und bei diesem zweifelhaften Stand halte er es für angemessener, sich der Kommission anzuschließen. Wenn das Bedürfniß sich zeigt, kann man den 6. Rath anstellen, schwer ihn aber entfernen, wenn er sich überflüssig zeigen sollte. Er fürchte, solche überflüssige Beamte würden dann nur zu der alten bureaukratischen Vielgeschäftigkeit führen.

Staatsrath Lamey: Es hängt von den Umständen ab, ob fünf oder sechs Räthe die Geschäfte bewältigen können; aber die Rücksicht auf die größere oder geringere Geschäftslast ist nicht vorzugsweise entscheidend. Der Grund, warum die Regierung den sechsten Rath für nothwendig hält, ist der, daß es sich hier um einen Gerichtshof handelt, der Sitzungen halten muß und dazu nothwendig aus einem Präsidenten und vier Räthen bestehen muß, also durch eine zufällige Verhinderung eines Mitglieds leicht in den Fall kommen kann, beschlußunfähig zu werden. Die Stellung und Würde des Gerichtshofs wird aber beeinträchtigt, wenn in solchen Fällen kein weiteres Mitglied vorhanden ist, sondern zu einem Ersatzmann aus einer andern Stelle gegriffen werden muß. Uebrigens glaube er, daß die Geschäfte eher einen weitern 7. Rath wünschenswerth machen, als einen 6. entbehrlich.

Abg. Prestinari: Der Antrag des Abg. v. Feder weicht nicht in der Form blos, sondern auch materiell vom Kommissionsantrag ab, denn er würde bloß, wenn während der Budgetperiode sich wegen Geschäftsüberhäufung das unabweisbare Bedürfniß zeigte, die Ermächtigung geben.

Staatsrath Lamey: Daß die Kammer ihren Beschluß zurücknehme, sei gar nicht nöthig, sie bewillige einfach den sechsten Rath nach.

Abg. Kirsner: Der Antrag des Abg. v. Feder ist auch in der Kommission zur Sprache gekommen, aber aus den erwähnten Gründen nicht gebilligt worden. Die Worte „unter Zurücknahme des gefaßten Beschlusses" könnten in dem Kommissionsantrag gestrichen werden.

Berichterstatter Kusel hält den Antrag der Budgetkommission aufrecht; er hätte am liebsten gesehen, wenn auch der Zusatz geblieben wäre, denn einen Irrthum könne man offen zurücknehmen; er schließt sich aber mit Rücksicht auf den allgemeinen Wunsch der Ansicht des Vorredners an.

Die Abgg. Pickford und v. Feder schließen sich ebenfalls dem Antrag der Kommission an, welcher hierauf angenommen wird.

Tit. IV. Verwaltungshof. Nach dem Antrag der Kommission soll die ursprüngliche Ermäßigung der Besoldung des Direktors von 3500 fl. auf 3200 fl. festgehalten werden, womit sich die Kammer einverstanden erklärt.

Ebenso werden nur 5 statt 6 Räthe bewilligt, dagegen deren ursprünglich geforderte Besoldung von 2100 fl. angenommen. Von den 7 an die Stelle der Revisoren tretenden Revidenten sollen 3 statt mit 800 fl. mit 900 fl. bewilligt werden.

Der Revisionsvorstand mit 1600 fl. wird ebenfalls bewilligt; im Uebrigen werden die früheren Anträge der Kommission aufrecht erhalten (2 Sekretäre mit 1100 fl. statt 3 mit 1200 fl., 2 Registratoren mit 1100 fl. statt 3 mit 1200 fl., 1 Expeditor mit 1100 fl. statt 1200 fl.).

Abg. Walli ist mit der Verminderung der Beamten einverstanden, hält aber die Durchschnittsbesoldung der Kanzleibeamten, 1100 fl., für zu gering, ohne jedoch einen Antrag zu stellen.

Abg. Schaaff erklärt sich mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden.

Die Kammer nimmt die Anträge der Kommission an.

Tit. V. Sanitätskommission. Die bisherigen Budgetsätze bleiben.

Abg. Seiz macht bezüglich der Art der sanitätspolizeilichen Veröffentlichungen eine kurze Bemerkung.

Tit. VI, General-Landesarchiv, und Tit. VII, Kreisregierungen, werden ohne Diskussion genehmigt.

Tit. VIII. Bezirksverwaltung und Polizei.

A. Alte Organisation.

Was zunächst die Vermehrung der Polizeimannschaft betrifft, für Karlsruhe von 22 auf 24, für Pforzheim von 11 auf 13, für Mannheim von 24 auf 27, so beantragt die Kommission jetzt deren Bewilligung, während sie früher für Mannheim 2 und für Pforzheim 1 gestrichen hatte.

Zu Besoldungen der Bezirksärzte macht Abg. Kirsner auf die thierquälerische Schlachtart der israelitischen Metzger aufmerksam.

Die sämmtlichen Posten werden ohne Diskussion nach den Kommissionsanträgen genehmigt.

B. Neue Organisation. §. 1. Besoldung der Verwaltungs- und Polizeibeamten.

Bezüglich der Petitionen der Gemeinden der Aemter Gerlachsheim und Tauberbischofsheim, wegen Aufhebung der Amtssitze, beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung. (Vgl. Beilage zu Nr. 86 der Karlsruher Ztg.)

Abg. Fröhlich: Die Petenten würden sich eher in ihr Schicksal gefunden haben, wenn die Maßregel der Aufhebung eine allgemeinere gewesen wäre. Demungeachtet wären sie damit einverstanden gewesen, wenn nicht auch die ihnen früher in Aussicht gestellte Bahn nach Rappenau ihnen zu Gunsten der Linie über Sinsheim verloren zu gehen drohte. Es dürften daher Gründe vorhanden sein, Neckarbischofsheim bei irgend einer andern Gelegenheit eine Berücksichtigung angedeihen zu lassen.

Abg. Paravicini hofft, daß die Aufhebung der Amtssitze ihren Abschluß erhalten habe.

Abg. Muth: Ihm sei nicht bekannt, daß Neckarbischofsheim eine Bahn zugesichert worden sei.

Abg. Fischler spricht sich im Allgemeinen gegen die Aufhebung der Amtssitze aus.

Staatsrath Lamey führt aus, daß die Aufhebungen eben eine Nothwendigkeit gewesen seien.

Wir müssen uns recht lebhaft des Pflichtgefühls erinnern, um dem viel wohlfeilern und viel wohlthätigern Gefühl des Mitleids nicht nachzugeben. Bei allen Aemtern lassen sich gewisse Gründe gegen die Aufhebung anführen, aber sie müssen gegen die höhern Gründe, die sich aus der Einführung der Organisation ergeben, zurücktreten.

Die großh. Regierung glaubt nach bestem Gewissen das den Umständen Entsprechende und Nothwendige getroffen zu haben. Sie ist auch auf der andern Seite nicht so weit gegangen, noch mehr Aemter aufzuheben, wie wohl von anderer Seite gewünscht wurde.

Der Antrag auf Tagesordnung wird angenommen. Ebenso ohne Diskussion bezüglich der Bitte einiger Gemeinden des Bezirks Philippsburg, worüber Abg. Kusel berichtet, sowie bezüglich einer ähnlichen Bitte der Stadtgemeinde Ladenburg, nachdem Abg. Pagenstecher die Bitte der Petenten, die zugleich seine Kommittenten, als der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechend, empfohlen hatte.

Abg. Kusel berichtet weiter über die heute eingekommene Bitte der Gemeinde Krautheim. Die Kommission beantragt Tagesordnung, welche auch nach einigen Bemerkungen des Abg. Röder und Staatsraths Lamey angenommen wird.

Bezüglich des Verlangens der großh. Regierung, bei 5 Verwaltungsämtern (Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Bruchsal) zweite Beamte mit Staatsdiener-Eigenschaft anzustellen, erklärt sich die Kommission mit Zurücknahme ihres frühern Antrags für Bewilligung der Regierungsforderung.

Gegen den Besoldungsdurchschnitt von 2000 fl. für die Amtsvorstände und von 1200 fl. für die zweiten Beamten wird Nichts erinnert. Die Kommissionsanträge werden ohne Diskussion angenommen.

§. 1½. Besoldungen der Gemeinderechnungs-Revisoren.

In Folge der neuen Organisation wird die bisher von den Amtsrevisoraten besorgte Abhör der Gemeinde- und Zehntrechnungen, sowie der Rechnungen des weltlichen Lokalfonds, nebst den bisher den Amtsrevisoraten bezüglich des Feuerversicherungs-Wesens obgelegenen Funktionen, auf die Bezirksämter übergehen. Hiezu sind den letzteren rechnungsverständige Gehilfen beigegeben, und zwar verlangt großh. Regierung für 20 Revisoren durchschnittlich 1200 fl.

Nach dem Antrag der Kommission sollen jedoch angestellt werden: 10 Revisoren mit 1000 fl. Besoldung und 10 Revidenten mit 900 fl. Gehalt.

Abg. Bär: Baden besitzt eine ganz besonders große Anzahl von Revisoren, deren Vermehrung nicht nöthig erscheint, deren Beschäftigung auch durch Revidenten, also nicht durch Staatsdiener, geschehen kann. Man sollte mit Vermehrung der Staatsdiener sehr vorsichtig sein.

Abg. Schaaff spricht sich gegen die Einrichtung aus, daß Revisor und Registrator in einer Person vereinigt sei. Abg. Fischler hat ebenfalls Bedenken dagegen. Es sprechen noch Staatsrath Lamey, Abg. Roßhirt, Fröhlich, Walli, Staatsminister Dr. Stabel, sowie Berichterstatter Kusel, worauf die Kommissionsanträge angenommen werden.

§. 4. Gehalte der Amtsaktuare. Bisher hatten die meisten Registratoren zugleich Aktuarsdienst zu versehen. In Zukunft wird dies jedoch von denjenigen 39 Registratoren, welche gleichzeitig Gemeinderechnungs-Revidenten sein werden, nicht der Fall sein. Gegen die dadurch nöthig gewordene Vermehrung der Aktuare um 22 wird nichts erinnert. Ebenso nichts gegen die Durchschnittssumme von 700 fl. für die Registratoren. Dagegen beantragt die Kommission statt der Erhöhung von 50 fl. für jeden Aktuar bloß 25 fl. zu bewilligen.

Berichterstatter Kusel setzt die Gründe für den Kommissionsantrag auseinander.

Abg. Walli beantragt, von den Abgg. Schaaff, Fingado, Fischler, Fröhlich, Knies, Federer unterstützt, die Bewilligung der Regierungsforderung, welche fast einstimmig angenommen wird; namentlich stimmen fast alle Mitglieder der Budgetkommission für den Antrag des Abg. Walli. Abg. Seiz bemerkt unter allgemeiner Heiterkeit, das habe die Budgetkommission gethan, um zu zeigen, daß sie auch unterliegen könne.

Der Präsident des Justizministeriums, Staatsminister Dr. Stabel, bemerkt hierauf: Es sei gestern die Bemerkung gefallen, die Verwaltung werde gegenüber der Justiz stiefmütterlich behandelt. Es sei diese Behauptung jedoch durchaus unrichtig; im Gegentheil ergebe sich für einzelne Positionen der Justiz gerade im Hinblick auf die so eben beschlossenen Verwaltungspositionen die Nothwendigkeit einer Aufbesserung, und zwar für die Referendäre, die Amtsgerichts-Aktuare und die Amtsgerichts-Diener. Der Herr Staatsminister legt eine dahin gehende Nachtragsforderung zum Budget des Justizministeriums auf den Tisch des Hauses nieder.

Tit. IX. Allgemeine Sicherheitspolizei. Die ursprünglichen Anträge der Kommission haben wir unsern Lesern in der Beilage zur letzten Nummer der Karlsruher Zeitung mitgetheilt.

Nach der mündlichen Erklärung des Berichterstatters Kusel verzichtet nun die Kommission auf die von ihr beantragten Verminderungen, da die großh. Regierung die aufgestellte Forderung für durchaus nothwendig erklärt. Sie beantragt dagegen, den Wunsch zu Protokoll zu erklären, die Regierung möge in Erwägung ziehen, ob nicht durch eine Verminderung der Stellen von Brigadiers und Gendarmen eine Erleichterung des Budgets erzielt werden könne. Nach einer kurzen Diskussion, an welcher sich die Abgg. Schaaff, Roßhirt, Staatsrath Lamey betheiligen, werden die neuen Anträge der Kommission genehmigt, ebenso der weitere Wunsch, die großh. Regierung möge im Fall der Erledigung der einen oder andern Offiziersstelle darauf Bedacht nehmen, daß die Zahl der Offiziere vermindert, und der Ersatz, wo er nöthig erscheint, durch solche, die einen geringern Besoldungsanspruch haben, bewirkt werde.

Tit. XVII, verschiedene und zufällige Ausgaben, wird ohne Diskussion erledigt.

Schluß der Sitzung halb 2 Uhr.

†† Karlsruhe, 12. Apr. 33. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Mittwoch den 13. April, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des durch den Abg. Prestinari erstatteten Berichts der Budgetkommission über das ordentliche Budget des großh. Justizministeriums für die Jahre 1864 und 1865.

Baden.

Karlsruhe, 12. Apr. Am 7. und 8. Apr. fanden in der Lehranstalt von Frln. Donack die gewöhnlichen öffentlichen Jahresprüfungen unter der Leitung des Hrn. Geistl. Raths Gaß statt. Am 2. Tage hatte Ihre Königl. Hoheit die Frau Großherzogin Luise die Gnade, der Prüfung der obersten Klasse im Französischen, in der Geschichte und deutschen Literatur beizuwohnen.

Vermischte Nachrichten.

— Frankfurt, 11. Apr. (Süd. Ztg.) Dem vorgestern zusammengetretenen Ausschuß der deutschen Abgeordnetenversammlung wurde von der geschäftsleitenden Kommission ein Rechnungsabschluß und ein umfassender Bericht über die bisherige Thätigkeit der Kommission vorgelegt. Die Hauptziffern des Rechnungsabschlusses sind folgende: Einnahmen während des Zeitraums vom 21. Dez. bis 8. Apr. 478,935 fl. Ausgaben: unmittelbar für die Sache der Herzogthümer im Einverständniß mit der herzogl. Regierung verwendet 236,814 fl.; zur Unterstützung von hilfsbedürftigen Schleswig-Holsteinern 52,746 fl.; zur Förderung der schleswig-holsteinischen Bewegung 20,266 fl.; Porto für ein- und abgegangene Geldsendungen, Briefe, Kreuzbandsendungen, Telegramme 1015 fl.; Bureau- und Reisekosten 1735 fl.; Druckkosten 1048 fl.; Verlust auf Gold und Papier 603 fl. Summe der Ausgaben 314,196 fl.; Kassensaldo am 8. Apr. 164,738 fl. Die Rechnung mit ihren Belegen wurde am folgenden Tage von den Ausschußmitgliedern Fetzer aus Stuttgart, Feustel aus Bayreuth, und Gildemeister aus Bremen (stellvertretendes Mitglied für Dr. Pfeiffer) geprüft und richtig befunden. Der Ausschuß erklärte sich einverstanden mit der politischen Thätigkeit der Kommission. Von der letztern war beantragt, in Erwägung, daß eine periodische Erneuerung der geschäftsleitenden Kommission durch die Natur der Sache geboten erscheine und daß seit Einsetzung der jetzigen Kommission ein Zeitraum von nahezu vier Monaten verstrichen sei, die Neuwahl dieser Kommission vorzunehmen. Der Ausschuß ersuchte einstimmig die bisherigen Mitglieder (Dr. K. Barth, Brater, Häusser, Lang, Metz, Dr. S. Müller, Dr. Varrentrapp), auf ihrem Posten zu bleiben. Schließlich wurden die Vorlagen für die gestrige größere Versammlung berathen.

Diese war zu dem doppelten Zweck berufen, einerseits den schleswig-holsteinischen Komitees, auf deren Thätigkeit der Erfolg der nationalen Bewegung größtentheils beruht, einen genauern Einblick in die bisherigen Bestrebungen des Ausschusses und deren Resultate zu gewähren, andererseits über die Vervollständigung ihrer Organisation und die Verstärkung ihrer Wirksamkeit eine Besprechung zu veranlassen. Es hatten sich Delegirte aus Altona, Bonn, Braunschweig, Bremen, Darmstadt, Diez, Dresden, Frankfurt, Gießen, Gotha, Hamburg, Heilbronn, Homburg, Itzehoe, Jena, Karlsruhe, Kassel, Leipzig, Mannheim, Oldenburg, Pforzheim, Weimar, Wiesbaden, Zürich, und Vertrauensmänner aus Hannover, Hildesheim und Lüneburg eingefunden. Die in Deutschland bestehenden schleswig-holsteinischen Landesausschüsse waren sämmtlich vertreten. Nachdem der Versammlung ein Bericht über die Thätigkeit des Ausschusses mitgetheilt war, wurde zu den Vorschlägen in Betreff der Vereinsorganisation übergegangen. Die darüber eröffnete Berathung schloß mit der fast einstimmigen Billigung dieser Vorschläge und mit Verweisung der von einzelnen Theilnehmern der Versammlung gestellten weiteren Anträge an den Ausschuß. Es wurde dabei übereinstimmend mit dem Einladungsschreiben anerkannt, daß die Anwesenden zu einer förmlichen, ihre Auftraggeber bindenden Beschlußfassung nicht berufen seien. Eine sehr lebhafte Diskussion knüpfte sich an die von Hrn. H. Bürgers aus Köln ausgegangene Anregung der Parlamentsfrage und an einen Antrag der von dem Züricher Ausschuß delegirten HH. Nauwerck, Ladendorf und Zinn, welcher u. A. die Organisation der Steuerverweigerung gegenüber allen in der schleswig-holsteinischen Sache ihre Pflicht versäumenden Regierungen forderte. Der erstgenannte Redner fand für seine Ansicht, daß es sachgemäß und nothwendig sei, die Parlamentsfrage in der Vordergrund der schleswig-holsteinischen Bewegung zu stellen, keine Unterstützung; dem Züricher Antrag wurde entgegengehalten, daß er den Boden der gesetzlichen Mittel verlasse, auf welchen die Abgeordnetenversammlung ihren Ausschuß gestellt habe, daß er daher vom Ausschuß dessen Selbstauflösung verlange, daß er überdies außer dem Bereich der heutigen Tagesordnung liege und nicht zur Abstimmung gebracht werden könne. Die Delegirten von Zürich zogen ihren Antrag schließlich zurück, nachdem sie erläutert hatten, daß er nur auf Verweigerung der Steuerbewilligung durch die Landtage zu beziehen sei. Die Versammlung schloß mit einem dreifachen Hochruf auf den Ausschuß.

Abends fand eine zweite Sitzung des Ausschusses statt, in welcher die gegenüber der Londoner Konferenz angemessenen weitern Schritte berathen wurden.

Die vorerwähnten hannover'schen Vertrauensmänner waren die HH. Dr. Brande aus Linden bei Hannover, Obergerichtsanwalt Lauenstein aus Lüneburg, Redakteur Baurmeister aus Hildesheim, und Kaufmann Fründ aus Algermissen bei Hildesheim. Aus Holstein waren Advokat Rave aus Itzehoe und Adv. Meyer aus Altona erschienen; aus Braunschweig Adv. Aronheim; aus Darmstadt Obersteuerrath Welcker und Dr. Rieger; aus Diez Prokurator Belde; aus Mannheim Dr. Ladenburg; aus Gotha Staatsanwalt Stertzing und Senator Döll.

— Bezüglich der Debatte über die Beschießung Sonderburgs machen preußische Blätter darauf aufmerksam, daß dänische Zeitungen selbst gemeldet haben, daß die Bevölkerung von Sonderburg auf Befehl des Oberkommando's vom Bürgermeister schon am 26. v. M. darauf aufmerksam gemacht worden, in welcher Richtung Diejenigen, welche die Stadt verlassen wollten, sich flüchten müßten. Eine ähnliche Bekanntmachung hat das dänische Kriegsministerium am 3. d. M. erlassen. Die Einwohner hatten sich auch geflüchtet, nur daß einzelne wegen der Ruhe in den letzten Wochen wieder zurückgekehrt waren, wie der Korrespondent der „Berling. Ztg." schreibt. Auch ist vom schwedischen General Hazelius schon vor der Einäscherung offen ausgesprochen worden, daß Sonderburg der Ort der dänischen Proviantmagazine und der Rückzugsort der Armee sei, daß militärisch also gegen ein Bombardement nichts einzuwenden sei. Noch mehr, dänische Berichterstatter haben wiederholt gedroht, die Preußen sollten nach Eroberung der Düppeler Position in Sonderburg noch sehr starke Ueberraschungen erfahren.

Nachschrift.

Telegramm.

† **Berlin,** 12. Apr., Nachmittags. Der „Staats-Anz." meldet vom Kriegsschauplatz, 11. d. M.: Die feindlichen Geschütze wurden zum Schweigen gebracht, mehrere schwere Kanonen demontirt, die Schanzen 1 bis 6 stark abgekämmt und die Düppelmühle — wo sich das Pulvermagazin, sowie das Observatorium des Feindes befindet — zusammengeschossen.

In Jütland sind die Preußen nordwärts gegangen, haben den Feind nach kurzem Gefecht aus Horsens vertrieben und sind über Hanstedt vorgerückt.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

11. April.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 10,70'''	+ 6,0	N.W.	ganz bew.	trüb, Nebelregen
Mittags 2 „	„ 10,43'''	+ 9,6	„	„ „	„ kühl
Nachts 9 „	„ 10,50'''	+ 8,0	„	„ „	„ frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 14. Apr. 2. Quartal. 51. Abonnementsvorstellung. **Fidelio;** Oper in 2 Akten, von Beethoven.

Z.h.285. Graben. Entfernten Freunden und Bekannten machen wir hiemit die traurige Mittheilung, daß unser lieber Gatte, Schwager und Onkel,

Friedrich Waibel,
Partikulier,

diesen Mittag 1 Uhr nach längerm Leiden, im Alter von 64 Jahren 2 Monaten, in ein besseres Jenseits abgerufen wurde.

Um stille Theilnahme bitten,
Graben, den 11. April 1864,
Die trauernden Hinterbliebenen.

Z.h.232. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Mit dem **15. April l. J.** tritt für den Güterverkehr zwischen Mannheim und Schweizerorten, beziehungsweise Bodensee-Uferplätzen ein **Uebernahmstarif** mit ermäßigten Frachtsätzen in Wirksamkeit.

Die diesseitigen Gütererpeditionen zu Mannheim, Basel, Waldshut, Schaffhausen und Konstanz werden Exemplare fraglichen neuen Tarifs auf Anfordern unentgeltlich verabfolgen.

Karlsruhe, den 8. April 1864.

Direktion der großh. bad. Verkehrsanstalten.
Zimmer.
Schneider.

Agenturgesuch für Berlin.

Z.h.260. Ein gewandter, zuverlässiger Kaufmann in Berlin, welcher bereits seit mehreren Jahren als Agent für resp. Häuser in den verschiedensten Branchen in Berlin mit Erfolg thätig, vorzüglichste Referenzen besitzt, wünscht noch eine anderweitige Vertretung für eine anständige Firma. Umliegende Städte und Stettin, Breslau, Leipzig, Dresden, Magdeburg, Hamburg werden jährlich zwei Mal bereist. Gütige Adressen erbittet man nach Berlin poste restante O. P. Nr. 29.

Stellegesuch.

Z.h.287. Ein junger Mann, der eine saubere Handschrift schreibt und gute Zeugnisse aufweisen kann, sucht eine Stelle als Dekopist. Der Eintritt könnte sogleich erfolgen.

Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Z.h.255. Bruchsal.

Geschäfts-Empfehlung.

Wir zeigen hiermit ergebenst an, daß wir die von Herrn Altbürgermeister Weber hier s. Z. errichtete

mechanische Werkstätte,

erkauft haben, und dieselbe mit geeigneten Erweiterungen von heute an unter der Firma

Brummer & Gätschenberger

für unsere Rechnung fortführen werden.

Wir befassen uns mit der Anfertigung aller Art Maschinen zum industriellen, landwirthschaftlichen und häuslichen Gebrauche, sichern solide Arbeit, prompte und reelle Bedienung zu, und laden zu Aufträgen freundlichst ein.

Bruchsal, den 12. April 1864.

Friedrich Brummer & Wilh. Ludw. Gätschenberger.

Z.h.234. Hamburg.

Allerneueste

grosse Geld-verloosung

von 2 Millionen 650,000 Mark,

in welcher **nur Gewinne** gezogen werden, **genehmigt** und **garantirt** von der

Staats-Regierung.

Unter **17,900** Gewinnen befinden sich Haupttreffer von Mark **250,000, 150,000, 100,000, 50,000, 2** mal **25,000, 2** mal **20,000, 2** mal **15,000, 2** mal **12,500, 2** mal **10,000, 1** mal **7500, 5** mal **5000, 7** mal **3750, 85** mal **2500, 5** mal **1250, 105** mal **1000** Mark, **5** mal **750, 130** mal **500, 245** mal **250, 11000** mal **117** etc. etc. Pr. Crt.

1 ganzes Original-Staatsloos kostet 4 Thlr.
1 halbes „ „ „ 2 „
2 Viertel „ Staatsloose kosten 2 „
4 Achtel „ „ „ 2 „

Beginn der Ziehung den 9. kommenden Monats.

Meine durch **fortwährende Gewinn-Auszahlungen der grössten Treffer** hinlänglich bekannte und beliebte Geschäfts-Devise bleibt unverändert und stets bewährt.

Auswärtige Aufträge mit Rimessen in allen Sorten **Papiergeld** oder **Freimarken,** oder gegen **Postvorschuss,** führe ich selbst nach den **entferntesten** Gegenden **prompt** und **verschwiegen** aus, und sende **amtliche Ziehungslisten** und **Gewinngelder** sofort nach der Entscheidung zu.

Laz. Sams. Cohn,

Banquier in Hamburg.

Z.h.252. Ettlingen.

Flügelverkauf.

Zwei gebrauchte gute **Wiener Flügel** von Hey und Graf hat billig zu verkaufen Institutsvorsteher Dr. **Vaillant** in **Ettlingen.**

Z.c.621. Berlin.

Neuer Beweis für die Vortrefflichkeit des R. F. Daubitz'schen Kräuter-Liqueurs

(echt zu haben bei dem Erfinder desselben, und in der autorisirten Niederlage in **Karlsruhe** bei **J. Küst**, Langestraße Nr. 44, und bei **Ferd. Schneider** Amalienstraße Nr. 29, sowie in allen Städten des Großherzogthums).

Seit länger als zehn Jahren an hartnäckiger Leibesverstopfung und Verschleimung leidend, habe ich mancherlei, mir theils freundschaftlich angerathene, theils ärztlich verordnete Mittel gebraucht, ohne jemals einen mehr als vorübergehenden Erfolg durch dieselben zu erreichen. Meine Leiden und Beschwerden, denen nach ärztlichem Urtheil Hämorrhoiden zu Grunde lagen, verschlimmerten sich derart, daß oftmals, in Folge des Blutandranges, Anfälle eintraten, die mir nicht nur das Athemholen äußerst erschwerten, sondern mich gar zu ersticken drohten. Fast ohne Hoffnung auf eine gründliche Hilfe, machte ich einen Versuch mit dem Daubitz'schen Kräuter-Liqueur. **Schon nach den ersten Wochen des Gebrauchs desselben trat merkliche Besserung ein,** und jetzt, nachdem ich mich desselben seit länger als einem Jahre bediene, bin ich soweit gänzlich hergestellt, daß ich nur selten noch, und auch dann nur durch leichtere Beschwerden, an meinen früheren, schon so tief eingewurzelt gewesenen Leidenszustand erinnert werde. Da ich diese unerwartet günstigen Erfolge einzig und allein dem fortgesetzten Gebrauche des genannten vortrefflichen Hausmittels verdanke, so halte ich mich aus aufrichtiger Dankbarkeit für verpflichtet, das Vorstehende im Interesse aller ähnlich Leidenden zu veröffentlichen. Berlin, den 15. Mai 1863. **F. M. Kraus,** Charlottenstraße 88.

Z.f.807a

Spinnerei und Weberei Offenburg.

Montag den 30. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr, findet im Saale des Gasthofs zur Neuen Pfalz die ordentliche

Generalversammlung

der Aktionäre statt.

Ueber den Nachweis der Berechtigung zur Theilnahme gibt der §. 15 der Satzungen vom 13. Juni v. J. Anweisung. Die danach zu bezeichnenden Bankhäuser sind: Die Herren Macaire und Cie. in Konstanz, Gebr. Kapferer in Freiburg, Hummel in Cie. in Kehl und Straßburg, Gebr. Haas in Karlsruhe, Köster vom Rath und Cie. in Mannheim und Heidelberg, G. Langbein und Cie. in Stuttgart, J. C. Enopf in Nürnberg, B. Metzler seel. Sohn und Cons. in Frankfurt a. M. und die Direktion der Discontogesellschaft in Berlin.

Gegenstände der Tagesordnung sind die im §. 19 Ziff. 1 bis 5 genannten Geschäfte.

Offenburg, den 21. März 1864.

Der Vorstand.

Z.h.225. Frankfurt a. M.

Deutscher Phönix,

Badische und Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt am Main.

Die für das Jahr 1863 ausgegebenen Zins- und Dividende-Coupons der Aktien des **Deutschen Phönix** werden für jeden Coupon:

von Lit. A mit 28 fl.
„ „ B „ 14 fl.
„ „ C „ 13 fl.

vom 13. bis 30. April d. J. an jedem Werktage in den Vormittagsstunden von 9 bis 11 Uhr an der Gesellschaftskasse (kleiner Hirschgraben 14) **dahier,** oder bei der **Sektion des Deutschen Phönix** und Herrn Bankier Ed. Kölle in **Karlsruhe** eingelöst.

Später kann die Einlösung nur **Dienstags** und **Freitags** in den gedachten Vormittagsstunden stattfinden.

Frankfurt a. M., den 9. April 1864.

Der Verwaltungsrath.

Z.h.166. Ettlingen.

Die

Vaillant'sche Knaben-Erziehungs-Anstalt

in Ettlingen bei Karlsruhe

beginnt am **15. April** einen neuen Lehrkurs.

Nähere Auskunft ertheilt

Die Direktion.

Z.f.936. **Beste englische**

PATENT-FILZE

zu Dachbedeckungen.

Geruchloser Erdpech-Filz zur Bekleidung **feuchter Wände.**

Niederlage auf dem Continent bei

J. H. Walkhoff. Hamburg.

Trockenes Erlenholz

in beliebiger Stärke und Breite (jedoch nicht unter 2" dick) wird zu kaufen gesucht. Anträge nimmt entgegen die Expedition dieses Blattes. Z.h.94.

Z.h.216. Nr. 492. Konstanz.

Eisenbahnbau von Schaffhausen bis Konstanz.

Bauarbeiten-Vergebung.

Die Ausführung nachstehender Bauarbeiten für die Erstellung des Stationsgebäudes in Gottmadingen soll im Soumissionswege, nach Prozenten des Voranschlags berechnet, in Akkord gegeben werden:

Erd- und Maurerarbeit	8,721 fl. — kr.
Steinhauerarbeit	2,213 fl. 45 kr.
Zimmermannsarbeit	3,845 fl. 53 kr.
Gypserarbeit	1,507 fl. 03 kr.
Schreinerarbeit	1,872 fl. 53 kr.
Glaserarbeit	853 fl. 23 kr.
Schlosserarbeit	757 fl. 26 kr.
Blechnerarbeit	530 fl. 44 kr.
Tüncherarbeit	457 fl. 44 kr.
Tapezierarbeit	74 fl. 24 kr.
Zusammen	20,834 fl. 15 kr.

Pläne, Kostenüberschläge und Akkordbedingungen liegen auf dem diesseitigen Bureau zur Einsicht auf, woselbst auch die Angebote versiegelt und portofrei bis zum

18. d. Mts., Vormittags 10 Uhr,

einzureichen sind.

Konstanz, den 7. April 1864.

Großh. Eisenbahn-Hochbau-Inspektion.
Leonhard.

Z.h.256. Karlsruhe.

Bauarbeiten-Vergebung.

Von den genehmigten Unterhaltungsarbeiten an den Zentral-Staatskassen-Gebäuden sollen nachfolgende im Angebotswege vergeben werden, als:

1) Finanzkanzleigebäude:
Tapezierarbeit, Arbeitslohn . . 93 fl. 18 kr.
Tüncherarbeit . . . . . 341 fl. 58 kr.
2) Aelteres Kanzleigebäude:
Tüncherarbeit . . . . . 159 fl. 22 kr.
Schlosserarbeit . . . . . 82 fl. — kr.
3) Kreisregierungsgebäude:
Maurerarbeit . . . . . 135 fl. 18 kr.
4) Zolldirektionsgebäude:
Tüncherarbeit . . . . . 74 fl. 33 kr.
Schreinerarbeit . . . . . 64 fl. 22 kr.

Die betreffenden Handwerksleute werden eingeladen, die Kostenberechnung nebst den Bedingungen bei diesseitiger Stelle einzusehen und ihre Angebote längstens bis zum **23. April d. J.** daselbst einzureichen.

Karlsruhe, den 11. April 1864.

Großh. Bezirks-Bauinspektion.
C. Kuentzle.

Z.h.258. Karlsruhe.

Bauarbeiten-Vergebung.

Von den genehmigten Bauunterhaltungs-Arbeiten für die domänenärarischen Gebäude des Verwaltungsbezirks Karlsruhe in den Jahren 1864 und 1865 werden im Angebotswege vergeben:

a. Karlsruhe.
1) Lyceumsgebäude:
Maurerarbeit . . . . . 337 fl. 49 kr.
Schreinerarbeit . . . . . 146 fl. 19 kr.
Tüncherarbeit . . . . . 186 fl. 16 kr.
2) 1te evangelische Knabenschule:
Maurerarbeit . . . . . 63 fl. 28 kr.
3) 2tes evangelisches Schulgebäude:
Tapezierarbeit . . . . . 62 fl. 38 kr.
b. Teutschneureuth.
1) Kirche:
Schreinerarbeit . . . . . 64 fl. 54 kr.
Tüncherarbeit . . . . . 88 fl. 18 kr.
2) Pfarrhaus:
Maurerarbeit . . . . . 118 fl. 4 kr.
c. Graben.
1) Pfarrhaus:
Maurerarbeit . . . . . 59 fl. 49 kr.
d. Knielingen.
1) Pfarrhaus:
Maurerarbeit . . . . . 112 fl. 25 kr.
Tüncherarbeit . . . . . 51 fl. 14 kr.
e. Liedolsheim.
1) Kirche:
Tüncherarbeit . . . . . 55 fl. 34 kr.
2) Pfarrhaus:
Maurerarbeit . . . . . 75 fl. 50 kr.
Zimmermannsarbeit . . . 52 fl. 23 kr.
Blechnerarbeit . . . . . 59 fl. 6 kr.
f. Rüppurr.
1) Pfarrhaus:
Maurerarbeit . . . . . 85 fl. 16 kr.
Pflästererarbeit . . . . 64 fl. 52 kr.

Die betreffenden Handwerksleute werden eingeladen, von der Kostenberechnung und den Bedingungen bei unterzeichneter Stelle Einsicht zu nehmen und ihre Angebote **längstens bis zum 23. d. M.** anher einzureichen.

Karlsruhe, den 11. April 1864.

Großh. Bezirks-Bauinspektion.
C. Kuentzle.

Z.h.218. Emmendingen. (Holzversteigerung.) Bis Dienstag den 19. April 1864 versteigern wir gegen baare Bezahlung vor der Abfuhr in der

Forstdomäne Theninger Almend

5 Stämme Eichen, Holländer-, 1 Stamm Eichen-Bauholz, 2 Klafter eichenes Spaltholz, 8 Klafter gemischtes Prügelholz, 3500 Stück gemischte Wellen und 3100 Stück Weichholz-Faschinen.

Zusammenkunft früh 9 Uhr bei der obern Pflanzschule auf der Kräyers Richtstatt.

Emmendingen, den 8. April 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Fischer.

Z.h.247. B.-F.-Nr. 152. Langensteinbach. (Holzversteigerung.) Aus Domänenwaldungen diesseitigen Forstbezirks wird bis Dienstag den 19. April 1864 das in den Distrikten Tannen, Unter-Maisenbach und Oberklosterwald von Windbrüchen und dürren Stämmen aufgemachte Holz, bestehend in 5 Stämmen Tannen-Bauholz, 4 Stück tannenen Sägklötzen, 35½ Klftr. tannenen Scheitern und 24 Klftr. tannenem Prügelholz, versteigert.

Die Zusammenkunft ist Morgens 9 Uhr an der Maisenmühle bei Langenalb.

Langensteinbach, den 9. April 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Löffel.

Z.h.207. Radolfzell. (Gehilfenstelle.) Bei der unterzeichneten Verrechnung ist die Stelle des ersten Gehilfen, mit einem Gehalt von 500 fl., auf 1. Juli d. J. wieder zu besetzen. Die Bewerber darum wollen ihre Anmeldungen alsbald anher einreichen.

Radolfzell, den 10. April 1864.

Großh. Domänenverwaltung, Forst- und Amtskasse.
Trau.

Z.h.214. Bruchsal. (Erledigte Stelle.) Bei diesseitiger Verwaltung ist die dritte Gehilfenstelle erledigt, und soll durch einen gewandten Skribenten alsbald wieder besetzt werden. Der Gehalt besteht in 400 fl. Außerdem ist dem Gehilfen Gelegenheit geboten, sich um billigen Preis in der Anstalt zu verköstigen.

Die Bewerber wollen sich unter Anschluß ihrer Zeugnisse innerhalb 10 Tagen dahier anmelden. Auf gute Handschrift wird Werth gelegt.

Bruchsal, den 9. April 1864.

Großh. Verwaltung des Zellengefängnisses.

Frankfurt, 11. April 1864. **Staatspapiere.**

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.-Hess.	3½% Obligation.	— —
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102 P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	79½ P.	„	4½% do.	101⅞ P.
„	5% do. 1859 „ „	79¼ bez.	„	4% do.	99¼ G.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	91⅛ G.	„	3½% do.	91½ G.
„	5% Benet. C. b. R. 6/7	81⅜ G.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99⅝ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	68 bez.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	91⅝ P.
„	5% Met.-Obligat.	61 bez. G.	Lrbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	90¾ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	61 bez. G.	„	4% do. à 105 kr. b. E.	89¾ G.
„	4½% Met.-Oblig.	54½ P.	Frankf.	3½% Obligation.	98½ G.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	— —	„	3% do.	92½ G.
„	4½% do.	99⅞ G.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	88⅝ P.
„	4% do.	95¾ G.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	89 G.
„	3½% Staatssch.	91 P.	Span.	3% inl. Schuld	49⅞ G.
Bayern	4½% 1jährig	101⅜ P.	„	2½% Schuld	46¼ G.
„	4½% ½jährig	102 P.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100⅞ G.
„	4% 1jährig	99½ G.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	— —
„	4% ½jährig	100 G.	Schwd.	4½% Obligation.	94⅝ G.
„	4% Ablös.-Rente	99¾ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	94⅝ P.
„	3½%	98¼ G.	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	— —
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105¼ P.	„	4½% Bern. St.-O.	102½ P.
„	4% do.	103¼ G.	„	4% do.	94¼ P.
„	3½% do.	94¾ G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	97⅝ P.
Baden	4% Obligation.	99¾ bez.	N.-Am.	6% St. i. D. r. 1881	66¼ P.
„	3½% do. v. 1842	93½ G.	„	6% do. r. 1882	63⅛ bez.
G.-Hess.	5% Obligation.	101⅜ P.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	99⅜ bez.	„	5% do. r. 1874	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	139⅛ P.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96⅝ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	778 bez.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	51⅝ P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	193 bez.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50⅝ P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	— —	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76⅜ G.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	221 b. G.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	81¾ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	90 G.	5% do. neueste Emiss. 6/7	74¼ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	97⅝ P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	84½ b. G.
4% Luxemb. Bank-Aktien	102½ G.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	85 P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	100⅝ G.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	312 bez.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	81 bez.
3½% Frankf.-Han. Esnb.-A.	98 P.	5% „ „ 2. „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	— —	4½% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	102½ P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	112 P.	4% „ „ „	99¼ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	— —	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	97¾ P.
Rhein-Nahe-Bahn	27⅛ G.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	145 P.	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	248 P.
4% Neustadt-Dürkheimer	98½ bez.	Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	106 P.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	111 G.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	112¼ G.	3% Deutsch. Phönix 20% „	152 P.
4% Hess. Ludwigsbahn	127¾ P.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	104½ G.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 10% „	93 G.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	100¼ P.

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	125½ P.
„ 250 fl. „ 1854	78¼ P.
„ 100 fl. Pr. L 1858	129 P.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	83½ bez.
„ 100 fl. v. 1864	96¾ bez.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9¾ P.
Bad. 50-fl.-Loose	112⅝ G.
„ 35-fl.- „	52¼ G.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	55½ bez.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	132⅞ P.
„ 25 fl. „ „ „	37 G.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36⅝ P.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	65 G.
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	34¼ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35½ P.
3% Bordeaux 100 Fr	86¼ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11¼ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	100¼ G.
Antwerpen	„	93½ G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99¾ G.
Berlin	„	105¼ B.
Bremen	„	97 B.
Brüssel	„	93½ G.
Cöln	„	104⅞ G.
Hamburg	„	88⅜ G.
Leipzig	„	105 G.
London	„	118¼ bz.
Maild. i. Fr. 200	„	93⅜ G.
München	„	99¾ G.
Paris	„	93¾ G.
„ 60 à 90 T.	„	93¾ G.
Wien	k. S.	100¼ G.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40½-41½
Preuß. Frd'or.	„	9 56½-57½
Holl. fl. 10 St.	„	9 48½-49½
Rand-Ducat.	„	5 33½-34½
20-Frankenst.	„	9 22½-23½
Engl. Sover.	„	11 45 -49
Russ. Imper.	„	9 40 -42
Gold pr. Zpfd.	„	803 -808
5-Frank.-Thl.	„	— —
Alte österr. 20r.	„	30 24 G.
Rand-20r.	„	30 12 G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 6-36
Preuß. Cassisch.	„	1 45⅛-45⅜
Doll. in Gold	„	2 26½-27½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.